

European Coalition of Cities against Racism (ECCAR)

Bericht der Landeshauptstadt Dresden zur Umsetzung des Zehn-Punkte-Aktionsplans

Stand: 30. September 2020

Inhalt:

Vorwort

1 Situationsanalyse

1.1 Bevölkerungsstatistische Angaben

1.2 Fakten zu Rassismus und gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit

2 Ausgewählte ämterbezogene Maßnahmen der Landeshauptstadt Dresden gegen Rassismus und Diskriminierung

2.1 Ausgewählte Maßnahmen im Zuständigkeitsbereich des Oberbürgermeisters

2.2 Ausgewählte Maßnahmen des Geschäftsbereichs Arbeit, Soziales, Gesundheit und Wohnen

2.3 Ausgewählte Maßnahmen des Geschäftsbereichs Kultur und Tourismus

2.4 Maßnahmen des Geschäftsbereichs Bildung und Jugend der Landeshauptstadt Dresden

3. Ausgewählte Akteure und Akteurinnen in den Themenfeldern Rassismus und Diskriminierung

3.1 Kommunale Akteurinnen und Akteure

3.2 Zivilgesellschaftliche Organisationen

4 Der Zehn-Punkte-Aktionsplan der Landeshauptstadt Dresden im Einzelnen

5 Zusammenfassung und Ausblick

Vorwort

Die Landeshauptstadt Dresden wurde im November 2016 als Mitglied in die europäische Städtekoalition gegen Rassismus aufgenommen. Der Beitritt erfolgte auf der Grundlage eines Beschlusses des Dresdner Stadtrates. Mit der Aufnahme in die Städtekoalition hat sich Dresden zur Umsetzung des Zehn-Punkte-Aktionsplans gegen Rassismus und Diskriminierung verpflichtet, ebenso zu einer regelmäßigen Berichterstattung gegenüber der ECCAR.

Im vorliegenden Bericht werden ausgewählte Beiträge der Landeshauptstadt Dresden zur Prävention und Beseitigung von Rassismus und Diskriminierung beschrieben. Der Fokus liegt dabei auf bereits etablierten oder sich in einer fortgeschrittenen Planungsphase befindlichen Strukturen, Konzepten und kontinuierlichen Aktivitäten der Stadtverwaltung mit ihren Geschäftsbereichen, Ämtern und Einrichtungen, aber auch auf innovativen Einzelmaßnahmen. Auch wenn das Verwaltungshandeln im Vordergrund steht, werden für die Arbeit gegen rassistische Diskriminierung relevante und kooperierende Initiativen und Aktivitäten der lokalen Zivilgesellschaft vorgestellt.

Zu danken ist an dieser Stelle allen Akteurinnen und Akteuren der städtischen Verwaltung und ihrer Eigenbetriebe, der lokalen Demokratiewerkstatt und der Arbeit gegen Rassismus, die zur Stärkung eines weltoffenen, diskriminierungsfreien Gemeinwesens mit hohem Engagement beitragen.

1. Situationsanalyse

1.1 Bevölkerungsstatistische Angaben zur Landeshauptstadt Dresden

Dresden ist eine wachsende Stadt. Zum 31. Dezember 2019 hatte Dresden 563.011 Einwohnerinnen und Einwohner mit Hauptwohnsitz und eine Bevölkerungsdichte von 1.715 Einwohnern je Quadratkilometer. Im Vergleich bundesdeutscher Großstädte steht Dresden damit an zwölfter Stelle.

Trotz Bevölkerungswachstum und einer im bundesdeutschen Städtevergleich hohen Geburtenrate steigt das durchschnittliche Alter der Dresdnerinnen bzw. Dresdner kontinuierlich und die Gruppe der über Sechzigjährigen wächst.

Auch in Dresden nimmt der Anteil der Bevölkerung mit Migrationshintergrund zu. Das sind sowohl Deutsche mit einem persönlichen oder familiären Migrationshintergrund (z. B. Spätaussiedler) als auch Menschen ohne deutsche Staatsbürgerschaft, die als Ausländer bzw. Ausländerinnen statistisch erfasst werden. In Dresden leben 71.418 Menschen mit Migrationshintergrund (Stand 31. Dezember 2019). Das entspricht einem Anteil von rund 12,7 Prozent der Gesamtbevölkerung. 8,4 Prozent der Einwohnerinnen und Einwohner in der sächsischen Landeshauptstadt sind Ausländerinnen und Ausländer. Damit hat Dresden einen im Vergleich zu anderen und vor allem westdeutschen Großstädten geringen Ausländeranteil. Nachdem die Zahl der Asylsuchenden 2015 einen Höchststand erreicht hatte, ist sie in den

letzten Jahren gesunken. Gemäß des Königsteiner Schlüssels werden dem Freistaat Sachsen nunmehr 4,9 Prozent der Asylsuchenden, die nach Deutschland kommen, zugewiesen. Von diesen sind wiederum 13,42 Prozent in Dresden unterzubringen. Aktuell leben 1.110 Personen mit Aufenthaltsgestattung (im Asylerst- oder -folgeverfahren, ohne offenes Asylverfahren) in Dresden sowie weitere 1.270 ausreisepflichtige, geduldete Personen, deren Abschiebung vorübergehend ausgesetzt ist.

Im Jahr 2019 war Syrien mit 5.219 Personen die größte ausländische Nation in der Landeshauptstadt Dresden, gefolgt von der Volksrepublik China mit 3.014, der Russischen Föderation mit 2.784 und Polen mit 2.266 Personen. Deutlich über der 1.000-er Marke liegen zudem die Länder Afghanistan mit 1.897 Personen, die Sozialistische Republik Vietnam mit 1.678, Ukraine mit 1.671, Indien mit 1.657 und Rumänien mit 1.603 Personen.

Etwa 40 Prozent der in Dresden lebenden Deutschen mit Migrationshintergrund sind (Spät-)Aussiedelnde aus den GUS-Staaten.

Rund ein Viertel der Dresdnerinnen und Dresdner gehören einer Religionsgemeinschaft an, etwa 16 Prozent sind evangelisch-lutherischen, fünf Prozent katholischen Glaubens. Rund 1.000 Personen gehören der russisch-orthodoxen Kirche an. Das Judentum hat in Dresden eine lange Tradition; derzeit leben hier mehr als 700 Jüdinnen bzw. Juden. Die Zahl der Musliminnen und Muslime ist im Zug der Migrationsbewegungen der letzten Jahre stark angestiegen und wird auf über 20.000 Personen geschätzt.

1.2 Fakten zu Rassismus und gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit in Dresden

Die Opferberatung der Regionalen Arbeitsstelle für Bildung, Integration und Demokratie Sachsen e. V. (RAA) zählte für den Freistaat Sachsen im Jahr 2019 insgesamt 226 politisch rechtsmotivierte und rassistische Angriffe. Davon entfielen 53 auf die Landeshauptstadt Dresden. Etwa zwei Drittel der Angriffe waren rassistisch motiviert (das umfasst Taten aufgrund von antimuslimischem, antiromaistischem und antischwarzem Rassismus). Je 100.000 Einwohnerinnen bzw. Einwohnern wurden 2019 in Dresden 10,1 Angriffe verübt. Neben Körperverletzungsdelikten, Bedrohung und Nötigung sowie Sachbeschädigungen (etwa durch Angriffe auf Unterkünfte von Asylsuchenden), sind Betroffene häufig mit Anfeindungen und Alltagsrassismus konfrontiert. Da derartige Vorfälle oft nicht angezeigt oder den Opferberatungsstellen mitgeteilt werden, ist zu vermuten, dass die tatsächliche Zahl von rassistisch, fremdenfeindlich oder rechtsextremistisch motivierten Übergriffen höher liegt.

Die polizeiliche Kriminalstatistik weist für den Zeitraum von 2017 bis 2019 steigende Fallzahlen für den Bereich der politisch motivierten Kriminalität aus. Die Zahl fremdenfeindlich und rassistisch motivierter Straftaten stieg im Zeitraum von 2017 bis 2018 zunächst an und sank im Jahr 2019 geringfügig.

	2017	2018	2019
PMK	557	638	890
fremdenfeindlich	82	127	126
Rassismus	15	21	17

Quelle: Landeskriminalamt Sachsen (31. August 2020)

Bei der Mehrzahl der erfassten rassistisch bzw. fremdenfeindlich motivierten Delikte handelte es sich um Straftaten gemäß § 130 StGB (Volksverhetzung), § 86a StGB (Verwenden von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen) und § 185 StGB (Beleidigung); im Jahr 2017 maßgeblich auch um Vergehen gemäß § 224 StGB (Gefährliche Körperverletzung). Opfer waren mehrheitlich erwachsene Personen, selten auch Jugendliche und nur in Ausnahmefällen Kinder. Als Tatverdächtige wurden ebenfalls überwiegend Erwachsene ermittelt. Rund ein Viertel der politisch motivierten Straftaten wurde von 2017 bis 2019 von Jugendlichen begangen.

2 Ausgewählte ämterbezogene Maßnahmen der Landeshauptstadt Dresden gegen Rassismus und Diskriminierung

2.1 Ausgewählte Maßnahmen im Zuständigkeitsbereich des Oberbürgermeisters

Beteiligung am Bundesprogramm „Demokratie leben!“

Der Beitritt der Landeshauptstadt Dresden zur Europäischen Städtekoalition gegen Rassismus ist ein Bekenntnis und Signal, dass sich Dresden konsequent gegen jegliche Form von Rassismus und Diskriminierung wendet und sich verstärkt für ein vielfältiges und weltoffenes Gemeinwesen engagiert. Dem wird durch die kontinuierliche Beteiligung am Programm „Demokratie leben!“ des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend Rechnung getragen. Die Kernziele der aktuellen Förderperiode (2020 bis 2024) des Programms lauten: Demokratie fördern; Vielfalt gestalten; Extremismus vorbeugen. Dresden wird bereits seit dem Jahr 2015 als „Partnerschaft für Demokratie“ durch das Bundesprogramm gefördert mit dem Ziel, ein Netzwerk aus Verwaltung, Politik und Zivilgesellschaft zu etablieren, das effektiv bei der Prävention von Extremismus, Rassismus, Fremdenfeindlichkeit und der Gestaltung eines demokratischen, inklusiven, chancengerechten Gemeinwesens zusammenarbeitet. Hierzu werden durch den Bund und den Freistaat Sachsen Fördermittel bereitgestellt, die an freie Träger zur Umsetzung demokratiestärkender Projekte weitergeleitet werden können. Im Rahmen des Programms wird außerdem eine Koordinierungs- und Fachstelle bei einem örtlichen Verein eingerichtet, welche die Umsetzung der lokalen „Partnerschaft für Demokratie“ und der Maßnahmen gegen Demokratiefeindlichkeit, Extremismus und Rassismus steuert.

Das Lokale Handlungsprogramm für ein vielfältiges und weltoffenes Dresden (LHP)

Im September 2017 beschloss der Dresdner Stadtrat das „Lokale Handlungsprogramm für ein vielfältiges und weltoffenes Dresden (LHP)“ in Nachfolge des seit 2010 umgesetzten „Lokalen Handlungsprogramms für Demokratie und Toleranz und gegen Extremismus“. Das Programm wurde in einem umfangreichen partizipativen Prozess unter Beteiligung von Akteurinnen und Akteuren der Stadtverwaltung, verschiedener im Stadtrat vertretenen Parteien und zivilgesellschaftlicher Organisationen erarbeitet. Es definiert Ziele und Maßnahmen, die zur Stärkung von Demokratie, gesellschaftlichem Zusammenhalt und Chancengerechtigkeit sowie zum Abbau aktueller Formen gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit - insbesondere von Rassismus, Antisemitismus und Islamfeindlichkeit - beitragen. Das Programm richtet sich sowohl an die Stadtverwaltung als auch an die lokale Zivilgesellschaft, die in ihrem Engagement für Demokratie und gesellschaftlichen Zusammenhalt und gegen Diskriminierung, Ausgrenzung, Hass und Gewalt finanziell unterstützt wird. So konnten seit 2017 jährlich jeweils über 60 Projekte freier Träger gefördert werden, darunter Maßnahmen zur Stärkung einer Willkommenskultur für Zuwandernde, Aktionen, die dem interkulturellen Austausch und interreligiösen Dialog dienen, Vorhaben zur Prävention und Beseitigung von Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus sowie Aktionen gegen Homo- und Transphobie bis hin zu museumspädagogischen Formaten, z. B. im Rahmen der Ausstellung „Rassismus - Die Erfindung von Menschenrassen“ im Deutschen Hygiene-Museum.

Die Internationalen Wochen gegen Rassismus in der Landeshauptstadt Dresden

Seit dem Jahr 2016 werden in Dresden jährlich die Internationalen Wochen gegen Rassismus durchgeführt. Die Koordination obliegt dem Bürgermeisteramt. Damit beteiligt sich Dresden an den von der Stiftung für die Internationalen Wochen gegen Rassismus koordinierten UN-Wochen gegen Rassismus in Deutschland. Feste Eckpunkte der drei- bis vierwöchigen Veranstaltungsreihe sind jeweils eine Auftaktveranstaltung, die in der Regel einem thematisch relevanten Aspekt gewidmet ist und das öffentliche Gedenken für Jorge Gomondai¹ am 6. April eines jeden Jahres, das den Abschluss der Aktionswochen markiert.

In den vergangenen Jahren wurden regelmäßig von circa 60 zivilgesellschaftlichen Initiativen, aber auch von städtischen Einrichtungen, Trägern der Kultur-, Bildungs- und Integrationsarbeit sowie von politischen Akteurinnen und Akteuren jeweils etwa 100 Einzelveranstaltungen geplant und durchgeführt. Im Jahr 2020 musste jedoch die große Mehrzahl der angekündigten Aktionen in Folge der Corona-Pandemie abgesagt oder verschoben werden.

¹ Jorge Gomondai kam am 6. April 1991 in Folge fremdenfeindlich motivierter Gewalt in Dresden ums Leben. Ein nach ihm benannter Platz und die jährliche Gedenkveranstaltung erinnern an die Tat und sind ein bewusster Appell für ein friedliches Miteinander.

Die Aktionswochen verfolgen das Ziel, zu den Themenkomplexen Rassismus und Diskriminierung zu informieren, zu sensibilisieren, und zu Selbstreflexion, Diskurs und zivilcouragiertem Handeln anzuregen. Die Veranstaltungen widmen sich Alltags- und institutionellem Rassismus, Antisemitismus, Antirömismus und anderen Themen; die Formate reichen von Lesungen für alle Altersgruppen, über Diskussionsveranstaltungen, Zeitzeugengespräche und Ausstellungen bis hin zu thematischen Stadtrundgängen. Besonderer Wert wird auch auf die Einbindung und Stärkung der von Rassismus und Ausgrenzung betroffenen Personen gelegt. Daher liegt der Planung und Durchführung ein partizipativer Ansatz zu Grunde. Eine Facharbeitsgruppe, der neben Verwaltungsangehörigen vor allem Mitglieder zivilgesellschaftlicher Einrichtungen angehören, begleitet die jährliche Organisation der Aktionswochen. Das Veranstaltungsprogramm wird jährlich online und in gedruckter Ausfertigung veröffentlicht und ist in deutscher und englischer Sprache verfügbar.

Im Jahr 2018 würdigte die Stiftung für die Internationalen Wochen gegen Rassismus das bisherige städtische Engagement mit der Anfrage, die bundesweite Eröffnungsveranstaltung der Aktionswochen in Dresden auszurichten. Diese Veranstaltung brachte Gäste sowie Rednerinnen und Redner aus ganz Deutschland und Europa nach Dresden: Neben Oberbürgermeister Dirk Hilbert hielten auch der Ministerpräsident des Freistaates Sachsen, der Vorstandsvorsitzende der o. g. Stiftung und ECCAR-Präsident Benedetto Zacchioli ein Grußwort. Am folgenden Podiumsgespräch beteiligten sich u. a. der Vorsitzende des Zentralrats der Muslime Aiman Mazyek und Prof. Dr. Kai Hafez von der Universität Erfurt.

Interkulturelle Tage

Jährlich veranstaltet die Landeshauptstadt Dresden unter Federführung des Büros der Integrations- und Ausländerbeauftragten die Interkulturellen Tage. Die Veranstaltungsreihe ist angelehnt an die Interkulturelle Woche, die seit 1975 bundesweit veranstaltet wird. In einem Zeitraum von zwei Wochen führen engagierte Personen, Vereine und Institutionen inklusive zahlreicher Migrantenselbstorganisationen eine breite Palette von Veranstaltungen durch mit dem Ziel, Begegnung und Austausch zwischen alteingesessenen und neu hinzugekommenen Einwohnerinnen und Einwohnern zu fördern, Vorbehalte und Ressentiments abzubauen und den gesellschaftlichen Zusammenhalt zu stärken. Höhepunkt der Aktionswochen ist ein Interkulturelles Straßenfest, das die Vielfalt der Dresdner Stadtgesellschaft abbildet und Begegnungsmöglichkeiten zwischen allen Einwohnerinnen und Einwohnern schaffen soll. Jährlich finden im Rahmen der Interkulturellen Tage rund 150 Einzelveranstaltungen zu wechselnden Themenschwerpunkten statt. So wurden beispielsweise im Jahr 2017 folgende Schwerpunktkategorien gebildet: „Interreligiösen Austausch fördern“, „Teil haben – Teil sein“, „Menschenrechte und Grundrechte stärken“, „Unterwegs in eine gerechte Welt“ und „Europäische Zukunftsvisionen entwickeln“. Das Programmheft wird in deutscher und englischer Sprache gedruckt und ist darüber hinaus online in weiteren Sprachen verfügbar.

SchülerRaustausch

Die Landeshauptstadt Dresden fördert interkulturelle Begegnungen von Jugendlichen aus Dresden mit Jugendlichen aus dem Ausland, insbesondere aus den Partnerstädten und anderen befreundeten Städten. Im Rahmen des städtischen Programms „SchülerRaustausch“ werden mehrtägige bis mehrwöchige Auslandsaufenthalte von Schülerinnen bzw. Schülern aus Oberschulen sowie Förder- und Berufsschulen finanziell gefördert. Damit wird das Ziel verfolgt

- durch das Kennenlernen anderer Länder, Sprachen und Kulturen Toleranz, Weltoffenheit und die Akzeptanz von Vielfalt zu fördern,
- Vorurteile und Barrieren gegenüber Menschen anderer Herkunft abzubauen und
- das Interesse an bzw. die Kenntnisse von Fremdsprachen zu fördern.

Die Schüler bzw. Schülerinnen sind in Gastfamilien untergebracht und nehmen am familiären und schulischen Alltag der Familien teil. Zudem muss der Austausch einen thematischen Schwerpunkt haben, z. B. die Förderung von Gedenkkultur oder Fairplay im Sport.

2.2 Ausgewählte Maßnahmen des Geschäftsbereiches Arbeit, Soziales, Gesundheit und Wohnen

Der vom o. g. Geschäftsbereich federführend im Zusammenwirken mit behördlichen, zivilgesellschaftlichen und politischen Akteurinnen und Akteuren entstandene „Fachplan Asyl und Integration 2022“ der Landeshauptstadt Dresden enthält Leitlinien für die Integrationsarbeit der Stadt und die Arbeit mit Geflüchteten und Asylsuchenden. Das Kernstück des Strategiepapiers bildet ein Maßnahmenplan mit 66 Vorhaben und Aktivitäten in insgesamt zwölf Teilbereichen wie z. B. Arbeit und Beschäftigung, Bildung, Gesundheit, Unterbringung und Wohnen sowie Partizipation.

Im Handlungsfeld „Sozialraumentwicklung als Querschnittsaufgabe“ werden aufgrund des von Migrantinnen und Migranten sowie Geflüchteten erlebten Alltagsrassismus und konflikttheraufführendem Verhalten sowohl von Geflüchteten als auch von Einwohnerinnen und Einwohnern Bedarfe und Maßnahmen zusammengefasst, die sich auf die Verbesserung des friedlichen Zusammenlebens beziehen. Ein zentrales Instrument hierzu ist die proaktive Gestaltung von Dialogprozessen in den Stadtbezirken, die dazu beitragen, das Zusammenleben positiv zu beeinflussen, Konflikte fair zu lösen, sich über Vorurteile oder Diskriminierung auszutauschen und die Akzeptanz von Vielfalt zu erhöhen. Beteiligt sind die im Rahmen der Gestaltung alltäglicher Nachbarschaft tätigen kommunalen Einrichtungen, die Migrationssozialarbeit sowie Einrichtungen freier Träger, Initiativen und Ehrenamtsbündnisse in den Quartieren, deren Tätigkeit von der Stadtverwaltung unterstützt und auch finanziell gefördert wird.

Mit dem „Wohnkonzept“ existiert zudem ein Strategiepapier, das die wohnungspolitischen Rahmensetzungen und Interventionen zusammenfasst, die im Verantwortungsbereich der Kommune liegen. Es formuliert Ziele, konkrete Handlungsfelder und Maßnahmen der städtischen Wohnungspolitik. Zentrale Anliegen des Konzeptes sind u. a. die Sicherung eines bedarfsgerechten Wohnraumangebotes für alle Einwohnerinnen und Einwohner Dresdens sowie die Sicherung der Wohnungsversorgung explizit für Geflüchtete.

Asylsuchende werden in der Regel während der Dauer ihres Asylverfahrens durch das Sozialamt in Unterkünften der Landeshauptstadt Dresden untergebracht. Dabei hat die dezentrale Unterbringung in Wohnungen Priorität gegenüber der Unterbringung in Heimen. Unter bestimmten Voraussetzungen können Asylsuchende bereits während des Asylverfahrens eigenen Wohnraum anmieten. Zur Vermittlung einer Mietwohnung besteht ein abgestimmtes System der Beratung und Zusammenarbeit zwischen dem Sozialamt, freien Trägern der Flüchtlingssozialarbeit, potentiellen Vermietern und dem Jobcenter. Zudem wurde im Jahr 2017 ein Leitfaden für die Wohnungssuche anerkannter Geflüchtete erstellt, der derzeit aktualisiert wird.

Neben der Wohnungsvermittlung im Sozialamt sorgen insbesondere die Integrationsberaterinnen und Integrationsberater bei freien Trägern gemeinsam mit den Migrationsberatungsstellen dafür, dass anerkannte Geflüchtete im eigenen Wohnraum leben können. Gegen Diskriminierung auf dem Wohnungsmarkt wirken vor allem:

a) Asylmonitoring und Asylprognose

Hieraus werden Wohnungsbedarfe bedingt abgeleitet. Einflussfaktoren wie Anerkennung, Rückführung, zeitliche Duldung, Wegzug nach Anerkennung, Familienzusammenführung u. a. wirken sich auf die Bedarfsableitungen aus und müssen in möglichen Szenarien Beachtung finden.

b) Fortschreibung des Fachplans Asyl

In Stadtgebieten mit geringen Mieten und vorhandenen Gewährleistungswohnungen kommt es derzeit zu einer räumlichen Konzentration der Wohnstandorte anerkannter Geflüchteter. In der Fortschreibung des Fachplans Asyl durch das Sozialamt sollen im Handlungsfeld Stadtgesellschaft Maßnahmen zur Verhinderung bzw. zum Umgang mit räumlicher Konzentration von anerkannten Geflüchteten in einzelnen Stadtteilen aufgezeigt werden.

c) Prüfung Wohnpatenschaften oder vergleichbare Ansätze

Mit dieser Maßnahme soll geprüft werden, inwieweit bestehende Kooperationen mit Vereinen und Ehrenamtlichen in Richtung auf Wohnpatenschaften vertieft werden können. Ein Wohnpate oder eine Wohnpatin steht einem Haushalt zu allen Fragen rund um Wohnung, Wohnumfeld und Nachbarschaft

beratend zur Seite. Durch die Patenschaft ist eine individuelle, persönliche und vertrauensvolle Begleitung und schnelle sowie schnelle Integration in den Wohnungsmarkt möglich.

d) Einführung eines Wohnführerscheins

Aufgrund der positiven Erfahrungen in anderen Städten wird auch in Dresden unter Federführung des Sozialamtes ein „Wohnführerschein“ für Geflüchtete entwickelt. Bereits im Zuge des Clearings sollen grundlegende Aspekte und Informationen zum Wohnen verinnerlicht werden. In einem mehrstündigen Kursangebot wird den zukünftigen Mieterinnen und Mietern auf freiwilliger Basis Wissenswertes zum Thema Wohnen vermittelt: angefangen beim Mietrecht, über Hinweise zu Mieterpflichten wie Heizen/Lüften und Mülltrennung bis zu Regeln des nachbarschaftlichen Miteinanders. Die Absolventen des Kurses erhalten als Zertifikat einen „Wohnführerschein“. Ziel ist es, Vorbehalte auf Seiten der Vermieter und somit Zugangsbarrieren für Geflüchtete am Wohnungsmarkt abzubauen.

2.3 Ausgewählte Maßnahmen des Geschäftsbereichs Kultur und Tourismus

Der Kulturentwicklungsplan (KEP)

Der Kulturentwicklungsplan der Landeshauptstadt Dresden, dessen Neufassung im Jahr 2022 vorgelegt wurde, formuliert Ziele und Perspektiven für die Dresdner Kultur. Zentrales Anliegen ist die Bewältigung der Herausforderungen, die mit dem gesellschaftlichen Wandel in einer wachsenden Stadt verbunden sind. Insbesondere sollen auch der soziale Zusammenhalt und eine „Kultur des Miteinanders“ gestärkt werden. Mittels Kultur- und Nachbarschaftszentren soll eine bürgernahe Kulturarbeit in den Stadtteilen ermöglicht und die kulturelle Bildung sowie gesellschaftliche Teilhabe von Benachteiligten und insbesondere auch Migrantinnen und Migranten verbessert werden.

„Interkulturelle Arbeit und „Internationale Beziehungen“ stellen einen Kernbereich des KEP dar. Dabei wird unter dem Ziel der "Interkulturellen Inklusion“ die Gewährleistung von kultureller Barrierefreiheit für alle Dresdnerinnen und Dresdner, die Herstellung einer Kultur der „Vielheit“ und der Abbau von „institutionellen Diskriminierungen“ summiert und angestrebt. Zu den Zielgruppen gehören Dresdner Migrantinnen und Migranten, ausländische Fachkräfte, Studierende, aber auch Touristen.

Wege zur Zielerreichung liegen hauptsächlich in einer mehrsprachigen Kommunikation über und innerhalb der Kulturangebote, einer besseren und direkten Kommunikation mit Migrantenorganisationen und einer diversitätsorientierten Öffnung von Kultureinrichtungen.

In Planung ist zudem ein „Haus der Interkultur“, das bis 2023 entstehen und durch das Kinder- und Elternzentrum „Kolibri“ e. V., einer etablierten migrantischen Organisation auf dem Gebiet der Förderung

interkultureller Kompetenz und Mehrsprachigkeit, betreut werden. In diesem niedrighwelligen Zentrum sollen Migranten und Migranten eigene Kultur- und Bildungsprojekte umsetzen und sich dabei mit der Dresdner Bevölkerung vernetzen.

Interkulturellen Begegnungsformaten und dem zivilgesellschaftlichen Engagement für Toleranz und ein respektvolles Miteinander wird durch die kommunale Kulturentwicklung und -förderung eine Plattform geboten. Diverse, von der Stadt unterstützte Veranstaltungen wie das jährliche Gastmahl „Dresden isst bunt“ des Bündnisses Dresden. Respekt in der Innenstadt, aber auch Aktivitäten im Rahmen der Dresdner Kulturhauptstadtbewerbung konnten bislang das gegenseitige Verständnis und die gleichberechtigte Teilhabe aller Einwohnerinnen und Einwohner unabhängig von Herkunft, Religion oder Aussehen durch Begegnungsmöglichkeiten fördern.

In der Initiative „Weltoffenes Dresden – ,WOD“ werden im Rahmen der Kulturförderung diverse Vereine von der LHD institutionell gefördert, die sich aktiv gegen Diskriminierung und Rassismus einsetzen; beispielhaft sind zu nennen: Ausländerrat Dresden e. V., Kulturaktiv e. V. sowie Afropa e. V..

Auch im Rahmen der Projektförderung unterstützt Dresden Organisationen, die Demokratie, Vielfalt, Interkulturalität und gleichberechtigte Teilhabe fördern. Dazu gehören z. B. Singasylum e. V., der Verein der Vietnamesen e. V. sowie die Musikgruppe Banda Internationale, in der auch zahlreiche Geflüchtete musizieren. Das Projekt ermöglicht, das übliche Verhältnis zwischen Helfer und Geflüchteten zu überwinden. Jüngst wurde zudem ein Film über diese Band gefördert, der ihren Werdegang nachzeichnet und weit über Dresden hinaus Beachtung fand.

Erinnerungskulturelle Grundlagen der Landeshauptstadt Dresden

Das Erinnern bzw. Gedenken an die Zeit, die ideologischen Hintergründe und die Opfer des Nationalsozialismus sind – neben anderen historischen Ereignissen – in der Landeshauptstadt Dresden auf zivilgesellschaftlicher und auf politischer Ebene fest verankert. Das Erinnerungskonzept „Erinnerung vielfältig gestalten“ möchte den vielfältigen Anlässen historischen Gedenkens gerecht werden und vor dem Hintergrund der historischen Verantwortung Dresdens zeitgeschichtliche und erinnerungskulturelle Projekte fördern. Dabei geht es neben dem Erinnern an vergangenes Unrecht, der Sensibilisierung für demokratische Werte und Menschenrechte vor allem um eine zukunfts- und handlungsorientierte Auseinandersetzung mit den negativen Horizonten der eigenen lokalen Geschichte. Daher wurden für dieses Konzept die folgenden fünf thematischen Säulen vorgeschlagen:

- Demokratische Erinnerungskultur
- Deutungsvielfalt
- Geschichtsvermittlung
- Empathie bewirken und
- Zusammenarbeit.

Eine zentrale Veranstaltung der Dresdner Erinnerungskultur ist die jährlich am 13. Februar stattfindende Menschenkette anlässlich der Zerstörung der Stadt im Jahr 1945. Die Gedenkveranstaltung und begleitende Aktivitäten verbinden das Gedenken an die Opfer der Bombardierung Dresdens und des 2. Weltkriegs mit einem Diskurs über dessen Ursachen und aktuelle Phänomene von Demokratie- und Menschenfeindlichkeit und motivieren zum Einsatz für Demokratie, Frieden und Menschenrechte.

Zur jüngeren Dresdner Erinnerungskultur gehört auch das Gedenken an Personen, die in Dresden Opfer von rassistisch und fremdenfeindlich motivierter Gewalt wurden. Jährlich am 6. April findet das vom Ausländerrat Dresden e. V. organisierte öffentliche Gedenken an Jorge Gomondai auf dem nach ihm benannten Platz statt. Der mosambikanische Vertragsarbeiter kam im Jahr 1991 infolge eines fremdenfeindlich motivierten Übergriffs zu Tode. Weltweites Aufsehen erregte der rassistisch und islamfeindlich motivierte Mord an der Ägypterin Marwa El-Sherbini, die 2009 im Dresdner Landgericht getötet wurde. Jährlich wird ihr mit dem Ziel gedacht, ein Zeichen für eine tolerante und weltoffene Gesellschaft zu setzen, in der niemand auf Grund seiner Herkunft, seines Aussehens, Geschlechts oder seiner Religion diskriminiert wird. Die Stadtverwaltung wirkt von Beginn an in den Vorbereitungskreisen für das Gomondai sowie das El-Sherbini-Gedenken neben zivilgesellschaftliche Vereinen wie z. B. dem Ausländerrat Dresden e. V. und der RAA Sachsen e. V. mit.

Auf Grundlage eines Beschlusses des Stadtrates im Juli 2020 wurde zudem eine Grünanlage vor dem Dresdner Landgericht nach Marwa El-Sherbini benannt. Der Park ist nicht nur ein Gedenkort, sondern auch ein Zeichen gegen Rassismus, Gewalt und Diskriminierung und der Solidarität mit Betroffenen.

Städtische Bibliotheken Dresden

Die Städtischen Bibliotheken tragen aktiv zur Chancengleichheit in Dresden bei, indem sie für alle Einwohnerinnen und Einwohner der Stadt wohnortnahe Zugänge zu Kultur und Wissen anbieten. Darüber hinaus bieten sie Raum für sozialen und kommunikativen Austausch und reagieren mit ihren Angeboten und Aktionen auf aktuelle gesellschaftliche Entwicklungen und Bedarfe. Insbesondere haben sich die Städtischen Bibliotheken zum Ziel gesetzt, Orte aktiver Willkommenskultur und Förderer der gesellschaftlichen Integration von Migrantinnen und Migranten zu sein. Im aktuellen Bibliotheksentwicklungsplan ist die Unterstützung der sozialen Integration von Zugewanderten und Geflüchteten in die Stadtgesellschaft folglich als ein zentraler Arbeitsschwerpunkt benannt.

Auf der Grundlage einer großen Medienvielfalt umfasst das Angebot der Städtischen Bibliotheken sowohl die Förderung der deutschen Sprache als auch die Förderung von Mehrsprachigkeit und interkulturellem Austausch, auch durch eigene Veranstaltungsformate. So finden z. B. unter dem Titel „Dialog in Deutsch“ seit 2017 wöchentlich Gesprächsgruppen in vier Stadtteilbibliotheken mit Zugewanderten

statt, in denen diese ihre Deutschkenntnisse in lockeren Gesprächen anwenden und festigen können. Das in offener Atmosphäre und unter Mitwirkung von ehrenamtlichen Helferinnen bzw. Helfern stattfindende Angebot dient neben der Förderung des Spracherwerbs auch der Begegnung, dem interkulturellen Austausch und der sozialen Integration und wird von ca. 30-40 Teilnehmenden genutzt. Darüber hinaus beteiligen sich die Städtischen Bibliotheken jährlich mit eigenen Veranstaltungen an den Internationalen Wochen gegen Rassismus und bieten unterschiedliche Formate in den Themenfeldern Rassismus und rassistische Diskriminierung, Migration, Flucht und Integration für Einwohnerinnen und Einwohner, für Schulklassen, Mitarbeitende der Stadtverwaltung und ehrenamtlich Tätige an.

2.4 Maßnahmen des Geschäftsbereiches Bildung der Landeshauptstadt Dresden

Bildung ist einer der zentralen Lebensbereiche, in dem Diskriminierung stattfinden kann. Gerade dieser Bereich bietet jedoch auch Chancen, Rassismus und Diskriminierung präventiv zu begegnen und auf Teilhabegerechtigkeit, Toleranz und die Akzeptanz von Vielfalt hinzuwirken.

Aus diesem Grund unterstützen die im „Konzept zur Weiterentwicklung der frühkindlichen und schulischen Bildungsstrategie“ der Landeshauptstadt Dresden verankerten Maßnahmen gezielt Kindertageseinrichtungen, Horte und Schulen in sozial herausgeforderten Stadtteilen, zu denen insbesondere auch Gebiete mit einem hohen Anteil von Zugewanderten und Asylsuchenden zählen. Durch zusätzliches Personal und Sachkostenbudgets soll der Verstärkung von benachteiligenden Faktoren entgegengewirkt werden. Die Bildungsstrategie baut auf dem Dresdner Handlungsprogramm „Aufwachsen in sozialer Verantwortung“ auf, das sich seit 2008 der sozialen (Re)Integration widmet.

In Zusammenarbeit mit der deutschen Kinder- und Jugendstiftung (DKJS) wurden drei „Willkommenskitas“ vom Dresdner Amt für Kindertagesbetreuung etabliert. Die Teams dieser Tagesstätten werden durch Coaching, Fortbildungen und Fachaustausche speziell für die Integration von Kindern bzw. Familien mit Fluchterfahrungen gestärkt, und die Einrichtungen bauen jeweils eigene Unterstützungsnetzwerke mit lokalen Experten auf. Dadurch fördern sie die Integration der Zugewanderten und tragen zum Abbau von Vorurteilen und diskriminierenden Strukturen bei. Ziel ist es, die Willkommenskitas zu interkulturellen Lern-Orten (nicht nur) für Kinder asylsuchender Familien zu machen.

Darüber hinaus beteiligt sich Dresden am Programm „Brücken bauen“, das niedrigschwellige Angebote fördert, die den Zugang zu Kindertageseinrichtungen und Kindertagespflege vorbereiten und begleiten. Im Fokus des Programms stehen Kinder und Familien, die bisher nicht oder nur unzureichend Kindertagesbetreuung als Form der frühen Bildung nutzen. Dazu gehören Heranwachsende nebst Eltern aus bildungs- oder sozioökonomisch benachteiligten Haushalten ebenso wie Familien mit Fluchterfahrungen.

Städtische Kindertageseinrichtungen werden zudem im Rahmen einer Kooperation mit der TU Dresden durch Kulturdolmetscherinnen bzw. -dolmetscher unterstützt. Diese arbeiten mit dem Personal zusammen und können u. a. durch ihre Mehrsprachigkeit Brücken zu Kindern/ Familien anderer Herkunft und Kultur bauen. Die Finanzierung erfolgt aus dem Budget des städtischen Eigenbetriebs Kindertageseinrichtungen. Außerdem besteht zwischen dem Eigenbetrieb und dem Gemeindedolmetscherdienst eine Kooperationsvereinbarung, so dass Dolmetscherleistungen, die zur Vermittlung von Betreuungsplätzen an zugewanderte Familien nötig sind, kostenfrei in Anspruch genommen werden können.

Die Bildungskoordination für (Neu-)Zugewanderte leistet Unterstützung bei der Integration von Menschen mit Migrationshintergrund einschließlich Geflüchteten in Bildung über alle Lebensphasen hinweg. Sie arbeitet für und mit (angehenden) Fachkräften in und außerhalb der Verwaltung zusammen, z. B. mit der Flüchtlingssozialarbeit, pädagogischen Einrichtungen und verschiedenen Fachämtern. Ziel ist es, Transparenz über lokale Bildungsangebote und Zugangswege für (Neu-)Zugewanderte, Träger und Akteure zu schaffen, durch Optimierung der Abstimmungsprozesse mit der Verwaltung ein gesichertes Wissensmanagement zu etablieren und Benachteiligungen beim Zugang zu Bildung vorzubeugen.

3. Ausgewählte Akteure und Akteurinnen in den Themenfeldern Rassismus und Diskriminierung

3.1 Kommunale Akteurinnen und Akteure

Integrations- und Ausländerbeirat

Der Integrations- und Ausländerbeirat fungiert als Interessenvertretung der in Dresden lebenden Migrantinnen und Migranten und hat die Aufgabe, den Oberbürgermeister und den Stadtrat im Hinblick auf die Gestaltung eines weltoffenen, diskriminierungsfreien Dresdens und die Schaffung optimaler Bedingungen für die gesellschaftliche Integration von Menschen mit Migrationshintergrund zu beraten. Dem ehrenamtlich tätigen Gremium gehören 11 direkt von Migrantinnen und Migranten gewählte Personen mit Migrationshintergrund sowie 9 Stadträtinnen bzw. Stadträte an. Zu den gegenwärtigen Arbeitsschwerpunkten des Integrations- und Ausländerbeirates gehören beispielsweise

- Fragen der Unterbringung und Integration Geflüchteter (z. B. Spracherwerb, Teilhabe an Stadtgesellschaft und Arbeitsmarkt sowie die Integration in Kita, Schule und Ausbildung),
- die Förderung muttersprachlichen Unterrichts für Kinder mit Migrationshintergrund sowie
- einer besseren medizinischen Versorgung von Menschen mit Migrationshintergrund.

Integrations- und Ausländerbeauftragte

Die Integrations- und Ausländerbeauftragte ist innerhalb der Stadtverwaltung federführend bei der gesamtgesellschaftlichen Aufgabe der Integration und für die Belange aller Dresdnerinnen und Dresdner mit Migrationshintergrund zuständig. Ziel ihrer Arbeit ist die Förderung von Chancengerechtigkeit und von gleichberechtigter Teilhabe aller Migrantinnen und Migranten in Dresden sowie der Abbau vorhandener struktureller und individueller Diskriminierungen und Benachteiligung. Hierzu arbeitet sie mit kommunalen, politischen und zivilgesellschaftlichen Akteurinnen bzw. Akteuren zusammen, betreibt Informations- und Aufklärungsarbeit und führt Veranstaltungen in relevanten Themenfeldern durch.

3.2 Zivilgesellschaftliche Organisationen

Dresden. Respekt und Cellex-Stiftung

2016 rief der Dresdner Mediziner Prof. Dr. Gerhard Ehninger mit dem Verein Dresden – Place to be! und der Cellex-Stiftung Angehörige anderer zivilgesellschaftlichen Initiativen, aus Wissenschaft, Kultur, Politik, Wirtschaft und religiösen Vereinigungen dazu auf, sich für einen respektvollen Umgang miteinander und gegen Intoleranz stark zu machen. Begonnen hat die Arbeit des Bündnisses mit einem gemeinsamen Bekenntnis zu den Grundwerten des Zusammenlebens, das zahlreiche Einzelpersonen und Organisationen unterzeichneten. Regelmäßig werden Aktionen veranstaltet, die Mitmenschlichkeit, wechselseitigen Respekt und ein gewaltfreies Zusammenleben in einer diversen Gesellschaft fördern. Insbesondere das jährlich organisierte Gastmahl „Dresden isst bunt“, zu dem im Juli Einwohnerinnen und Einwohner, Gäste, Institutionen und Organisationen der Stadt eingeladen sind, trägt zum Kennenlernen (auch von Menschen anderer Herkunft und Lebensweise), zur Verständigung, der Stärkung von Toleranz und zum Abbau von Barrieren und Diskriminierung bei.

Die Cellex-Stiftung wurde 2015 mit den Förderschwerpunkten Wissenschaft und Gesellschaft gegründet. Sie unterstützt Projekte, Initiativen und Preise, die den gesellschaftlichen Zusammenhalt, ein demokratisches Miteinander der Kulturen und die soziale Teilhabe Aller stärken. Gemäß ihrem Leitspruch „Overcoming Boundaries“ trägt die Stiftung dazu bei, eine tolerante und inklusive Gesellschaft mitzugestalten. Dazu organisiert sie mit Partnerinnen und Partnern Begegnungsfeste, ruft Spendenaktionen ins Leben und sucht den Dialog mit Einwohnerinnen und Einwohnern Dresdens. Die Stiftung fördert z. B. das Projekt „Mosaik – Grenzenlos Musizieren“ in einem benachteiligten Stadtteil. Kinder mit und ohne Migrationshintergrund aus verschiedenen Gesellschaftsschichten und auch bildungsbenachteiligten Haushalten erlernen dort durch das gemeinsame Spielen eines klassischen Orchesterinstrumentes soziale und interkulturelle Fähigkeiten. So trägt das Projekt zur Förderung von kultureller und gesellschaftlicher Teilhabe bei und wirkt präventiv gegen Ausgrenzung, Benachteiligung und Intoleranz.

Kulturbüro Sachsen e. V.

Seit 2001 setzt sich der Verein „Kulturbüro Sachsen“ für eine lebendige Demokratie und den Abbau von Diskriminierungen ein. Die vier Arbeitsbereiche „Mobile Beratung“, „Fachstelle Jugendhilfe“, „Fachstelle Empowerment & Gemeinwesen“ sowie die „Fachstelle Bildungsangebote“ verfolgen das Ziel, jeglicher Abwertung von Menschen entgegen zu treten, sei es auf Grund zugeschriebener oder tatsächlicher Herkunft, Religionszugehörigkeit, sexueller Identität oder sozialem Status.

Das interdisziplinäre Team begleitet bei der Gestaltung demokratisierender Prozesse und ermutigt seine Klienten, sich für ihre Belange einzusetzen. Die Teams verfügen über lokale, regionale und auch bundesweite Expertisen. Das Angebot ist parteipolitisch und religiös unabhängig. Es richtet sich an alle Menschen, Kommunen, Verwaltung, Politik, Wirtschaft, Religionsgemeinschaften, Kinder-, Jugend- und Bildungseinrichtungen, Initiativen, Vereine und Bündnisse, deren Anliegen zu bedarfsgerechten Ideen und Konzepten entwickelt werden. Das können sein:

- Moderation und Konfliktmanagement
- Analysen und Recherchen
- Informationsweitergabe und -vermittlung
- Erarbeitung, Begleitung und Umsetzung lokaler Strategien
- Planung sowie Durchführung von Veranstaltungen und Projekten
- Fortbildungen, Curricula und Dokumentationen.

Der Verein arbeitet für eine gesellschaftliche Kultur in Sachsen, die:

- Menschen unabhängig von Fähigkeiten, Identitäten und Status gleichberechtigt einbezieht,
- die Verschiedenheit in Gesellschaft und Lebensweisen als selbstverständlich sieht,
- Konflikte argumentativ austrägt und im Zuge dessen Rücksicht auf Minderheiten nimmt,
- Betroffene von Diskriminierung unterstützt und Diskriminierung aktiv entgegnet.

Bündnis gegen Rassismus

Das Bündnis gegen Rassismus – für ein gerechtes und menschenwürdiges Sachsen ist ein Zusammenschluss aus über 40 Vereinen, Verbänden und Selbstorganisationen. Es setzt in der Öffentlichkeit Dresdens und Sachsens ein sichtbares Zeichen gegen Rassismus und Diskriminierung. Das Bündnis, dem auch Migrantenselbstorganisationen angehören, versteht sich als Lobby-Organisation für die Anliegen von Personen, die von Rassismus betroffen sind. Schwerpunktthema ist – neben anderen Rassismusformen – insbesondere der strukturelle Rassismus und dessen Abbau, auch innerhalb eigener Organisationen. Das Netzwerk leistet rassismuskritische und politische Bildung und unterstützt das Empowerment von Migrantinnen und Migranten und migrantischen Einrichtungen. Anlassbezogen kooperiert es mit

der Landeshauptstadt Dresden und stellt hier vor allem das fachliche Know-How seiner Mitglieder zur Verfügung, etwa bei der Organisation und Durchführung der Demokratiekonferenz 2018 oder im Rahmen von gemeinschaftlichen Veranstaltungen mit den Städtischen Bibliotheken.

House of Resources

Das Dresdner House of Resources ist ein Projekt des Kulturbüro Dresden e. V. und des Ausländerrats Dresden e. V.. Die Einrichtung, die vom Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) und aus kommunalen Haushaltsmitteln gefördert wird, trägt zur gesellschaftlichen Integration von Migrantinnen und Migranten und insbesondere von Asylbewerberinnen und -bewerbern bei. Dazu unterstützt sie integratives und interkulturelles Engagement von Migrantenorganisationen und anderen Aktiven der Integrationsarbeit in Dresden. Mit dem Ziel des Empowerments und der Vernetzung von Zugewanderten werden Beratungen und Fortbildungen (etwa zu rechtlichen und organisatorischen Aspekten bei Vereinsgründungen, zum Management von Projekten oder zum Thema Öffentlichkeitsarbeit), aber auch räumliche und finanzielle Hilfen angeboten. So können aus einem eigenen Förderfond integrationsfördernde Mikroprojekte unterstützt werden. Das Dresdner House of Resources, das themen- und anlassbezogen mit der Landeshauptstadt Dresden kooperiert, ist eine von insgesamt nur 13 gleichnamigen, vom BAMF geförderten Einrichtungen in der gesamten Bundesrepublik.

HERZ STATT HETZE

HERZ STATT HETZE ist eine Initiative, die nach Beginn der Pegida-Demonstrationen im Jahre 2015 entstanden ist. Sie sieht sich seitdem in der Verantwortung, ein breites zivilgesellschaftliches Bündnis aus Menschen, Initiativen und Institutionen unterschiedlicher politischer, religiöser oder ethnischer Zugehörigkeit als starken Gegenpol zu rassistischen und muslimfeindlichen Einstellungen, wie sie sich z. B. bei Pegida finden, zu schaffen. Rassistischer Hetze und Feindlichkeit setzt HERZ STATT HETZE neben einem großen Herz vor allem öffentlich sichtbare Aktionen entgegen.

Zahlreiche weitere Institutionen, Vereine, Initiativen und Bündnisse leisten in Dresden seit Jahren eine engagierte Arbeit gegen Rassismus und Diskriminierung. Die Stadtverwaltung würdigt den Einsatz zivilgesellschaftlicher Organisationen und engagierte Einwohnerinnen und Einwohnern für den Erhalt demokratischer Werte und die Wahrung von Grund- und Menschenrechten und unterstützt ausgewählte Aktivitäten und Projekte auch finanziell.

4 Der Zehn-Punkte-Aktionsplan der Landeshauptstadt Dresden im Einzelnen

Verpflichtung	Maßnahmen und Aktivitäten
<p>1</p> <p>Verstärkte Wachsamkeit gegenüber Rassismus</p> <p>Aufbau eines Überwachungs- und Solidaritätsnetzwerks auf kommunaler Ebene</p>	<p>Mit dem Begleitausschuss des Lokalen Handlungsprogramm (LHP) gibt es ein Gremium bestehend aus Angehörigen unterschiedlicher Verwaltungsbereiche, der Zivilgesellschaft und der Wissenschaft, das sich regelmäßig zu Fragen der Demokratieförderung, dem Abbau und der Prävention von Rassismus und Extremismus und zur Förderung von Teilhabe, Chancengleichheit und Integration austauscht, sich wandelnde Probleme und Bedarfe in der Region beobachtet und identifiziert und Handlungsstrategien ableitet, die Zusammenarbeit zwischen verschiedenen Akteur*innen unterstützt und Projekte und Maßnahmen zur Demokratiebildung und Antirassismusarbeit begleitet.</p> <p>Außerdem besteht mit dem Kriminalpräventiven Rat ein Beratungsgremium, das ereignisbezogen und problemorientiert, ausgehend von der realen lokalen Kriminalitätslage in Dresden, arbeitet. Er entwickelt Maßnahmen, Kriminalität vor Ort vorbeugend zu verhindern in den unterschiedlichen Kriminalitätsbereichen. Dazu zählt auch der Bereich der politisch motivierten Kriminalität einschließlich der Hasskriminalität.</p> <p>Beschäftigte der Stadtverwaltung werden durch interne Fortbildungen, z. B. „Argumentieren gegen rechtsextreme und rassistische Meinungen“, „Aktuelle Entwicklungen des Rechtsextremismus und Rechtspopulismus in Sachsen“, durch Angebote der Integrations- und Ausländerbeauftragten sowie Veranstaltungen im Rahmen des LHP (z. B. Filmvorführung und Werkstattgespräch zur Situation von Gastarbeiter*innen in Ostdeutschland vor und nach der Wiedervereinigung (2019) für das Thema sensibilisiert.</p> <p>Die in mehreren Stadtteilen und insbesondere in den Gebieten des Bund-Länder-Programms „Soziale Stadt“ eingerichteten Quartiersmanagements agieren dezentral und in der Lebenswelt der Menschen und sind sensibilisiert für Phänomene wie Ausgrenzung, Fremdenfeindlichkeit und Rassismus.</p> <p>Der städtische Koordinator für das Ehrenamt und das Bürgerschaftliche Engagement im Bereich Asyl ist eng vernetzt mit Initiativen, Verbänden und Einzelpersonen, die sich für Geflüchtete engagieren und über rassistisch oder fremdenfeindlich motivierte Vorkommnisse im Rahmen ihrer Arbeit informiert sind.</p> <p>In Dresden existieren außerdem spezialisierte Angebote freier Träger im kirchlichen, soziokulturellen, sportlichen oder auch gewerkschaftlichen Kontext, die sich rassistisch und präventiv gegen verschiedenen Formen von gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit engagieren.</p>

<p>2</p> <p>Bewertung der örtlichen Situation und der kommunalen Maßnahmen gegen Rassismus und Diskriminierung</p> <p>Aufbau und Entwicklung einer Datensammlung zu Rassismus und Diskriminierung, Formulierung erreichbarer Ziele und Entwicklung von Indikatoren zur Bewertung der Wirkung kommunaler Maßnahmen</p>	<p>Zwar verfügt die Landeshauptstadt Dresden nicht über ein zentrales Erfassungssystem in Bezug auf (rassistische) Diskriminierung, kann aber auf verschiedene Informationen zurückgreifen. Dazu gehören Daten</p> <ul style="list-style-type: none"> - der Kommunalen Statistikstelle, - der Kriminalstatistik (z. B. Erfassung politisch Straf- und Gewalttaten) und - der Opferberatungsstelle der RAA (Statistik zu rechtsmotivierten Gewalttaten mit Erfassung von Motiven, Tatbeständen und Betroffenen). <p>Außerdem wird ein periodischer Situationsbericht, der Daten zur Lebenslage von Migrantinnen und Migranten enthält, vom Büro der Ausländer- und Integrationsbeauftragten der Landeshauptstadt Dresden erarbeitet.</p> <p>Ein kontinuierlicher Austausch mit Verwaltungsangehörigen, Sicherheitsbehörden, wissenschaftlichen Einrichtungen und zivilgesellschaftlichen Trägern, insbesondere dem Ausländerrat Dresden e. V. und dem Kulturbüro Sachsen e. V., ist gewährleistet.</p> <p>Die Kooperation mit Zuwandererverbänden, Bildungseinrichtungen und Wirtschaftsorganisationen wird verstetigt, um relevante Vorkommnisse zu erfassen, Handlungserfordernisse abzuleiten und Maßnahmen zu planen.</p> <p>Bereits 2013 förderte die Landeshauptstadt Dresden eine Studie des Instituts für Kommunikationswissenschaften der TU Dresden „Ausländische Arbeitnehmer und xenophobe Tendenzen“, deren Ergebnisse Eingang in Maßnahmenplanungen der Demokratieentwicklung und Integrationsarbeit fanden.</p>
<p>3</p> <p>Bessere Unterstützung für die Opfer von Rassismus und Diskriminierung</p> <p>Unterstützung für die Opfer, damit sie sich künftig besser gegen Rassismus und Diskriminierung wehren können.</p>	<p>Seit 2018 gibt es im Neuen Rathaus eine Erstberatungsstelle zum Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetz (AGG) für Einwohnerinnen und Einwohner der Stadt Dresden. Diese bietet Informationen zum AGG an, leistet eine Ersteinschätzung zum jeweiligen Diskriminierungsfall und vermittelt Betroffene an geeignete Ansprechpersonen. Neben der – auf Wunsch anonymen – Beratung werden Gesetzestexte und weitere Informationen zum Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetz – auch in verschiedenen Sprachen – auf der städtischen Homepage veröffentlicht.</p> <p>Informationsmaterial für Personen, die von Rassismus und Diskriminierung betroffen sind, liegt darüber hinaus im Rathaus und in den Verwaltungsstellen der Stadtbezirke sowie Ortschaften aus.</p> <p>Andere, nichtkommunale Einrichtungen in Dresden haben ebenfalls Anlauf- und Beschwerdestellen gemäß § 13 des Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetzes (AGG) eingerichtet (z. B. die TU Dresden). Seit Januar 2019 gibt es zudem ein Antidiskriminierungsbüro in Dresden (Träger: Antidiskriminierungsbüro Sachsen e. V.).</p>

	<p>Anlassbezogen kooperiert die Landeshauptstadt Dresden außerdem mit der Opferberatung der RAA Sachsen e. V. (z. B. in Gremien und Arbeitskreisen) und mit anderen Organisationen, die im Bereich Opferhilfe aktiv sind.</p> <p>Im Jahr 2018 wurde aus kommunalen Haushaltsmitteln ein Projekt zum Empowerment von Menschen mit Rassismuserfahrungen gefördert.</p>
<p>4 Bessere Beteiligungs- und Informationsmöglichkeiten für die Bürger/innen</p>	<p>Die Landeshauptstadt Dresden setzte und setzt in diesem Bereich folgende Maßnahmen um:</p> <ul style="list-style-type: none"> - strategische Planung und Durchführung von Öffentlichkeits- und Kampagnenarbeit (intern und extern); Bereitstellung von Informationsmaterial (z. B. der Bundeszentrale für politische Bildung, der Stadtverwaltung sowie von Beratungs- und Unterstützungsangeboten freier und öffentlicher Träger im Themenbereich im Foyer des Neuen Rathauses und temporär in den Verwaltungsstellen der Stadtbezirke), - Beratung und Unterstützung von Benachteiligung betroffener und/ oder bedrohter Personengruppen durch die Integrations- und Ausländerbeauftragte, die Gleichstellungsbeauftragte sowie die Beauftragte für Menschen mit Behinderungen der Landeshauptstadt Dresden, - Zusammenarbeit mit und Support durch Antidiskriminierungsbüro Sachsen, Welcome Center der TUD, House of Resources, - Koordination und Durchführung der Internationalen Wochen gegen Rassismus mit Angeboten zur Prävention von Rassismus und zur Förderung der Teilhabe und des Empowerments von benachteiligten Personengruppen, - Projekte/ Veranstaltungen zur Förderung von Teilhabe und Mitbestimmung für unterschiedliche Zielgruppen (z. B. Dialogformate des Oberbürgermeisters in Stadtteilen, Beteiligungs-Workshops, Dresden-Lounge, Angebote der Kinder- und Jugendbeteiligung). <p>Mit der Bürgerbeteiligungssatzung wurde bereits ein verbindlicher Organisationsrahmen geschaffen und umgesetzt, um Einwohnerinnen und Einwohner besser an Planungs- und Entscheidungsprozessen in der Landeshauptstadt Dresden zu beteiligen. Die darin verankerte Möglichkeit der Beantragung von Beteiligungsverfahren und der Abgabe von Bürgerempfehlungen soll der Beförderung von Eigeninitiative, Dialogkultur sowie der Entfaltung von Demokratie bis hinein in die kleinräumige Ebene der Stadtteile und Nachbarschaften dienen. Ziel ist es, allen</p>

	<p>Bevölkerungsgruppen und vor allem auch Personen, die erfahrungsgemäß in Veranstaltungen der Bürgerbeteiligung unterdurchschnittlich vertreten sind (beispielsweise Migrantinnen und Migranten), gleiche Möglichkeiten zur Partizipation und Teilnahme zu bieten.</p>
<p>5 Die Stadt als aktive Förderin gleicher Chancen Förderung gleicher Chancen und der Vielfalt auf dem Arbeitsmarkt durch Nutzung aller kommunalen Möglichkeiten</p>	<p>Die städtischen Beauftragten, insbesondere die Gleichstellungsbeauftragte, die Integrations- und Ausländerbeauftragte sowie die Beauftragte für Menschen mit Behinderungen, wirken mit ihrer Arbeit darauf hin, dass die Gleichstellung aller Menschen umgesetzt und gleichberechtigte Teilhabe für alle Einwohner*innen möglich ist. Regelmäßig werden daher Informationsveranstaltungen, Aktionen, Fachtagungen und Gesprächsrunden organisiert und durchgeführt.</p> <p>Die städtische Bildungskoordination für (Neu-)Zugewanderte unterstützt seit 2016 Zugewanderte bei der Integration in Bildung über alle Lebensphasen hinweg, etwa durch die Bereitstellung von Informations- zu Beratungs-, Vermittlungs- und Berufsorientierungs-, Coaching- und Qualifizierungsangeboten für (Neu-)Zugewanderte. Dazu arbeitet sie mit Bildungsanbietern, Verwaltungsstellen, Behörden, zivilgesellschaftliche Akteur*innen, ehrenamtlichen Helfer*innen und (Neu-) Zugewanderte zusammen. Primäres Ziel ist die Schaffung von Transparenz und somit einer verbesserten Integration in Bildung und Arbeit.</p> <p>Das Jugendamt der Stadt Dresden unterstützt im Rahmen des Projektes „Bildungspatenschaften“ junge Menschen mit Migrations- oder Fluchthintergrund beim Spracherwerb, der Suche nach Praktikums- und Ausbildungsplätzen und somit der Integration in Bildung, Arbeit und Gesellschaft mit Hilfe ehrenamtlicher Paten und Patinnen.</p> <p>Die Landeshauptstadt Dresden vergibt regelmäßig und gemeinsam mit dem Freistaat Sachsen das Marwa El-Sherbini-Stipendium für Weltoffenheit und Toleranz. Ziel des mit 750,- Euro monatlich dotierten Stipendiums ist die Unterstützung zukünftiger Fachkräfte, die gesellschaftliche Verantwortung übernehmen und sich aktiv für Freiheit, Demokratie sowie die Achtung und Wahrung der Grund- und Menschenrechte einsetzen.</p> <p>Um Chancengleichheit in der gesundheitlichen Versorgung herzustellen und Zugangsbarrieren zu medizinischen Leistungen abzubauen, hat Dresden als erste Kommune im Freistaat Sachsen ab dem Jahr 2020 die elektronische Gesundheitskarte für Asylbewerberinnen und Asylbewerber eingeführt. Zudem beschäftigt das städtische Gesundheitsamt Ärztinnen und Ärzte mit Migrationshintergrund, die aufgrund ihrer Sprach- und interkulturellen Kenntnisse eine wichtige Rolle in der medizinischen Versorgung von Migrant*innen spielen.</p>

	<p>Die Landeshauptstadt Dresden vergibt zudem jährlich einen städtischen „Integrationspreis“ an zivilgesellschaftliche Initiativen und an Wirtschaftsunternehmen, die sich für die gesellschaftliche Teilhabe bzw. die Förderung der beruflichen Integration von Migrant*innen engagieren.</p> <p>In zahlreichen Stadtteilen haben sich Ehrenamts- und Willkommensnetzwerke gebildet, die durch die Kommune unterstützt und teilweise aus städtischen Mitteln finanziell gefördert werden. Sie übernehmen Patenschaften, helfen beim Erlernen der deutschen Sprache, begleiten bei Behördengängen und organisieren integrationsfördernde Aktivitäten.</p>
<p>6 Die Stadt als Arbeitgeberin und Dienstleisterin</p>	<p>Die Landeshauptstadt Dresden fördert und steuert die Vielfalt in der städtischen Verwaltung sowie den Abbau von Zugangsbarrieren auf unterschiedliche Weise.</p> <p>Junge Beschäftigte und Auszubildende der Landeshauptstadt Dresden haben sich 2018 bis 2019 in der Projektgruppe „#LHDDiversity“ für das Thema Diversität eingesetzt und Kolleginnen und Kollegen hierfür sensibilisiert. Als Maßnahme des Arbeitgebermarketings warben sie durch verschiedene Aktionen für Personen, die in ihrer Vielfalt die Verwaltung bereichern. 2019 warb die Stadtverwaltung unter dem Motto „Vielfalt findet Stadt“ auf 120 City-Light-Plakaten im gesamten Stadtgebiet für die Anerkennung Vielfalt als Tatsache und Chance für Dresden. Zudem zeigten Mitarbeitende unterschiedlicher Berufsgruppen, Generationen, Herkunft sowie mit Behinderung im Rahmen einer Postkartenaktion, wie vielfältig die Stadtverwaltung ist.</p> <p>Die Förderung der Diversität ist außerdem ein Leitprojekt im Rahmen des Organisationsentwicklungskonzeptes. Die Integrations- und Ausländerbeauftragte organisierte 2018 und 2019 in Zusammenarbeit mit dem Jobcenter Dresden Fachtage zum Thema „Vielfalt als Ressource?“ und „Bunte Verwaltung – Erfolgreiche Verwaltung?“</p> <p>Die auf Chancengerechtigkeit und Diversität hinwirkende Organisations- und Personalentwicklung umfasst u. a. das Projekt „Vorbereitung junger Asylsuchender auf eine berufliche Ausbildung (VAbA)“. Hier werden Geflüchtete binnen zwei Jahren an Berufsausbildung herangeführt. Erfolgreiche Teilnehmende erhalten einen Ausbildungsplatz. Fünf städtische Unternehmen kooperieren in dem Programm.</p> <p>Angebote und Veranstaltungen der Stadt werden mehrsprachig bekannt gemacht. So gibt es beispielsweise mehrsprachiges Informationsmaterial zu sozialen Leistungen, zur Kindertagesbetreuung bis hin zu Abfallentsorgung und Mülltrennung (in 13 Sprachen einschließlich Chinesisch und Tigrinya).</p>

<p>7</p> <p>Chancengleichheit auf dem Wohnungsmarkt Entwicklung konkreter Maßnahmen zur Bekämpfung von Diskriminierung auf dem städtischen Wohnungsmarkt</p>	<ul style="list-style-type: none"> - Gründung der kommunalen Wohnungsbaugesellschaft „Wohnen in Dresden“ im Jahr 2017 mit dem Ziel der Förderung des sozialen Wohnungsbaus und der sozial verantwortlichen und gerechten Wohnungsversorgung vorrangig für benachteiligte Wohnungssuchende. - Die LHD kooperiert eng mit Vermietern, insbesondere mit Vonovia. Diese stellt Gewährleistungswohnungen bedarfsgerecht zur Verfügung und ermöglicht Geflüchteten mit Bleiberecht die Übernahme dieser durch eigene Anmietung. Für die Vergabe von Wohnungen aus dem Portfolio der Belegungsbindungen ist der Nachweis über das Vorliegen der Wohnberechtigung mittels Wohnberechtigungsschein (WBS) entscheidend. Der WBS wird wiederum auf Grundlage der Bestimmungen des Wohnraumförderungsgesetzes (WoFG) erteilt. - Förderung von Wohnprojekten für Geflüchtete mit besonderem Unterstützungsbedarf aus kommunalen Mitteln - Schutzwohnungen und Hilfen für LSBTI*-Geflüchtete, die von Gewalt bedroht/ betroffen sind (i. R. des Fachplans Asyl und Integration 2022)
<p>8</p> <p>Bekämpfung von Rassismus und Diskriminierung durch Bildung und Erziehung Entwicklung und Förderung von Maßnahmen gegen ungleiche Bildungs- und Erziehungschancen; Förderung von Toleranz und interkultureller Verständigung durch Bildung und Erziehung</p>	<p>Die Landeshauptstadt Dresden setzt das Handlungsprogramm „Aufwachsen in sozialer Verantwortung“ um, an dem sich derzeit 25 Kindertagesstätten vor allem in benachteiligten Wohngebieten beteiligen. Ziel des Programms ist es, dass alle Kinder unabhängig von sozialer und ethnischer Herkunft ihre Potentiale gleichberechtigt entfalten können und Chancengerechtigkeit im Erziehungs- und Bildungsbereich hergestellt wird. Dazu werden zusätzliche fachliche und strukturelle Ressourcen zur Verfügung gestellt, um entsprechende Entwicklungen in den Einrichtungen voranzutreiben und systematisch und wissenschaftlich zu begleiten.</p> <p>Mit den „WillkommensKITAs“, die das Dresdner Amt für Kindertagesstätten in Zusammenarbeit mit der Deutschen Kinder- und Jugendstiftung etabliert hat, wird zum einen das Ziel verfolgt, Kinder aus Familien mit Migrationsgeschichte und/oder mit Fluchterfahrung, Kinder mit unterschiedlichen sozialen Hintergründen sowie Kinder mit Behinderungen in frühkindliche Bildungseinrichtungen zu integrieren und so Chancengleichheit zu gewährleisten. Diese Einrichtungen sind für Kinder, Eltern und Fachkräfte ein Ort demokratischer Bildung, an dem sie erleben, dass kulturelle Vielfalt normal und bereichernd ist; sie lernen Toleranz und Respekt gegenüber Unterschiedlichkeit. In Dresden nehmen inzwischen über 20 Kindertagesstätten an dem Programm teil. Sie erhalten fachliche Unterstützung durch eine Einrichtungsbegleitung, die Möglichkeit für einen praxisnahen Austausch im Netzwerk sowie bedarfsorientierte Fortbildungen, vor allem für den Umgang mit Kindern aus unterschiedlichen Kultur- und Sprachhintergründen.</p> <p>Die Landeshauptstadt unterstützt finanziell das Projekt „Mosaik“, das in sozial gemischten und eher benachteiligten Stadtteilen Kinder und Jugendliche verschiedener sozialer Herkunft zusammenbringt. Das Projekt fördert in</p>

	<p>besonderem Maße die kulturelle Bildung, Teilhabe und Integration verschiedener Gesellschaftsschichten. Die Kinder, darunter sehr viele mit Migrationshintergrund, erlernen dort nicht nur das Spiel klassischer Instrumente, sondern auch Werte wie Toleranz und Respekt.</p> <p>Eigene themenbezogene Veranstaltungsreihen der Landeshauptstadt, die z. B. im Rahmen der Internationalen Wochen gegen Rassismus oder der Interkulturellen Tage stattfinden, dienen der Förderung von Akzeptanz, gesellschaftlichem Zusammenhalt und Weltoffenheit sowie dem Abbau von Formen gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit, Ausgrenzung und Diskriminierung. Dazu zählt beispielsweise der Fachtag zu Geschichte, Stereotypen, Kultur und Verstärkung von Roma und Sinti in Dresden und Sachsen (2020), der von der Integrations- und Ausländerbeauftragte der Landeshauptstadt Dresden und der Heinrich-Böll-Stiftung Sachsen organisiert wurde.</p> <p>An Dresdner Schulen und in Einrichtungen der Jugendarbeit werden Projekte, die Heranwachsende für Rassismus oder andere Formen gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit sensibilisieren und den Respekt gegenüber anderen Kulturen und vielfältigen Lebensweisen aus kommunalen Mitteln des LHP bzw. aus Fördermitteln des Programms „Demokratie leben!“ unterstützt und die Schulsozialarbeit verstetigt.</p> <p>Mehrere Schulen in Dresden haben zudem den Titel „Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage“ erhalten und engagieren sich aktiv gegen Rassismus, jede Form von Diskriminierung und Gewalt.</p>
<p>9</p> <p>Förderung der kulturellen Vielfalt</p> <p>Förderung einer fairen Darstellung und Beteiligung des vielfältigen kulturellen Ausdrucks und Erbes aller Bürger/innen der Stadt in den Kulturprogrammen, im kollektiven Gedächtnis und im öffentlichen Raum der Stadt, sowie Förderung der interkulturellen Aspekte des städtischen Lebens.</p>	<p>Die Landeshauptstadt Dresden fördert kulturelle Einrichtungen und Angebote, welche die kulturelle Vielfalt der städtischen Bevölkerung repräsentieren. Städtische Kultureinrichtungen wie das Theater der Jungen Generation (tjg) oder die JugendKunstschule Dresden fördern nicht nur kulturelle Vielfalt und Beteiligung, sondern greifen wichtige gesellschaftliche Themen auf und schaffen Möglichkeiten des Diskurses.</p> <p>Geplant ist der Aufbau von zwei Community-Stützpunkten für migrantische Gemeinschaften und Selbstorganisationen und der Einsatz eines Community-Managers mit dem Ziel, kulturelle Vielfalt und gesellschaftliche Teilhabe und Empowerment von Migrant*innen zu fördern durch die Bereitstellung von Räumen und eine flankierende Befähigung zur Selbstorganisation, zur Beantragung von Fördermitteln etc. Die Stützpunkte sollen noch 2020 eröffnet und aus städtischen Geldern finanziert werden.</p> <p>Außerdem wurden bzw. werden in diesem Handlungsfeld u. a. umgesetzt:</p>

	<ul style="list-style-type: none"> - jährliche „Interkulturelle Tage“ u. a. mit interkulturellem Straßenfest. 2019: Community-Netzwerktreffen für Migrantengruppen und Fachtag zu Geschichte, Stereotypen, Kultur und Verstärkung von Roma und Sinti in Dresden und Sachsen, - öffentliche Veranstaltungen zum Islamischen und Jüdischen Neujahr (seit 2016) unter Beteiligung von religiösen Gruppen und Vereinen, - beteiligungsorientierte Kulturhauptstadtbewerbung unter Motto „Neue Heimat“ mit dem Ziel, gemeinsam Visionen einer integrativen Gesellschaft zu entwickeln, aktuell durch die Fortführung relevanter Einzelprojekte, - Förderung von Trägern und Projekten, die kulturelle Vielfalt fördern und sichtbar machen, wie z. B. „Mosaik“ (integratives Musikprojekt für Kinder), BIRD-Interreligiöses Friedenskonzert.
<p>10 Rassistische Gewalttaten und Konfliktmanagement Entwicklung und Unterstützung von Maßnahmen zum Umgang mit rassistischen Gewalttaten und Förderung des Konfliktmanagements</p>	<p>Die Landeshauptstadt Dresden fördert Angebote der Stadtteil- und Nachbarschaftsarbeit v. a. in Wohngebieten des Bund-Länder-Programms Soziale Stadt und in prekären Quartieren als Anlauf- und Vermittlungsstelle in Konfliktsituationen.</p> <p>Vom Stadtrat beschlossen und geplant ist die Neubenennung einer öffentlichen Grünanlage vor dem Dresdner Landgericht in Marwa El-Sherbini-Park. Die Ägypterin wurde 2009 in diesem Gericht aus rassistischen und islamfeindlichen Motiven ermordet. Mit der Platzbenennung soll ein Ort der Erinnerung und Mahnung geschaffen und ein Zeichen für ein friedliches Zusammenleben ohne Gewalt gesetzt werden.</p> <p>Der Erinnerung, Mahnung und der Prävention von Rassismus und Fremdenfeindlichkeit sollen auch die jährlich durchgeführten Gedenkveranstaltungen an Marwa El-Sherbini und Jorge Gomondai dienen, die von zivilgesellschaftlichen Initiativen gemeinsam mit der Landeshauptstadt Dresden vorbereitet werden.</p> <p>Die Landeshauptstadt begleitet und fördert Willkommensnetzwerke und Ehrenamtsinitiativen in zahlreichen Stadtbezirken, die neben integrativen Maßnahmen zur Teilhabe auch Angebote zur Stärkung von Toleranz, Akzeptanz und wechselseitigem Respekt zwischen den Bevölkerungsgruppen bereithalten und Konflikte zwischen alteingesessenen und neuhinzugezogenen Bewohner*innen moderieren.</p>

5 Fazit und Ausblick

Dresden hat vor und nach seinem Beitritt zur ECCAR wirksame Maßnahmen implementiert und setzt sichtbare Akzente gegen Rassismus und Diskriminierung.

Auch die Ausrichtung des Arbeitstreffens der deutschsprachigen ECCAR-Mitglieder im Dezember 2019 unterstreicht, dass die Umsetzung des 10-Punkte-Aktionsplans und die Vernetzung mit anderen Mitgliedsstätten zur Förderung des Schutzes und der Stärkung von Menschenrechten zentrale Anliegen der Landeshauptstadt Dresden sind.

Gerade aber in einer Zeit, in der Intoleranz und Menschenfeindlichkeit in den unterschiedlichsten Sphären sehr präsent sind, ist es wichtig, diese Aktivitäten fortzusetzen bzw. auszubauen. So wird derzeit das Integrationskonzept der Landeshauptstadt Dresden fortgeschrieben und wird in den kommenden Jahren eine wesentliche Orientierungshilfe bei der Stärkung von Chancengerechtigkeit sein.

Darüber hinaus wird sich die Landeshauptstadt Dresden auch zukünftig gemeinsam mit ihren zivilgesellschaftlichen Partnerinnen und Partnern für die Prävention und den weiteren Abbau von fremdenfeindlichen, rassistischen und diskriminierenden Einstellungen, Handlungen und Strukturen und die Förderung von Respekt und Wertschätzung von Vielfalt einsetzen.

Redaktion: Bürgermeisteramt, Abteilung Bürgeranliegen, Dr. J. Günther